

1 Atomkraft abschaffen! – Die Zukunft ist erneuerbar!

2
3 Die Energiekonferenz der Fraktionen DIE LINKE in den Bürgerschaften Bremen
4 und Hamburg, in den Landtagen Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,
5 Schleswig-Holstein und im Bundestag beschließt folgende:

11 RESOLUTION

13 Präambel

14
15
16 Wir stehen vor einem heißen Herbst. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Energiepolitik ist
17 in vollem Gange. Anzeigen-Kampagnen der Atom-Lobby auf der einen und geplante Demonstrationen
18 und Blockaden der Anti-Atom-Bewegung auf der anderen Seite. Die Bundesregierung hat sich auf die
19 Seite der Atomkonzerne geschlagen. Der Streit um die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist nur
20 der Gipfel des Eisbergs. In den nächsten Wochen und Monaten geht es um die Energieversorgung der
21 Zukunft. Wird der fossil-nukleare *status quo* zementiert oder der Ausbau Erneuerbarer Energien
22 konsequent vorangetrieben? Denn Atom- und Kohlemeiler blockieren diesen Ausbau. Sie passen schon
23 rein technisch nicht in ein auf Erneuerbare Energien orientiertes Energiesystem. Der Sachverständigenrat
24 für Umweltfragen der Bundesregierung sieht daher die „Notwendigkeit einer Systementscheidung“.

25
26 Weltweit wird derzeit das hohe Lied von der angeblichen Renaissance“ der Atomkraft gesungen. Die
27 Atomkraft soll massiv ausgebaut werden, obwohl auch Uran ein endlicher Rohstoff ist. Selbst wenn man
28 die atomare Katastrophe in Kauf nehmen und die Anzahl der derzeit 439 Atomkraftwerke weltweit
29 verdoppeln würde, lassen sich damit Energieprobleme nicht lösen. Der am Anfang des Atomwahnsinns
30 stehende Uranabbau ist ein dreckiges Geschäft. Er ist ein Raubzug gegen die Natur und gefährdet
31 Menschenleben und findet zu dreiviertel auf indigenem Boden statt. Wir brauchen daher eine ganz andere
32 Energiepolitik.

33
34 Die technischen Voraussetzungen dafür sind längst gegeben. Die Kombination aus Energie sparen und
35 Versorgung mit regenerativer Energie können Atomstrom und Strom aus fossilen Energieträgern
36 mittelfristig ersetzen. Die sogenannte Stromlücke, die Drohung „das Licht ginge aus“, das Gerede von
37 der „Brückentechnologie“ sind Propagandalügen der Energiekonzerne. Die Entscheidung für eine
38 Energiewende ist also keine Frage der technischen Realisierung, es ist eine Frage des politischen Willens.

39
40 In den bestehenden marktradikalen kapitalistischen Strukturen wird es keine Energiewende und vor allem
41 keine soziale Energiewende geben. Sie ist nur durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen,
42 durch eine Demokratisierung der Energieversorgung und vor allem durch massive öffentliche
43 Investitionen zu erreichen.

44
45 Die Weichen für eine vollständig Erneuerbare und damit dauerhaft klimafreundliche und sozial gerechte
46 Stromversorgung im Jahr 2050 werden nicht 2020 oder 2030, sondern heute gestellt. Gemeinsam mit der
47 Anti-Atom-Bewegung werden wir für die richtige Weichenstellung und den unverzüglichen,
48 unumkehrbaren Atomausstieg kämpfen, auch auf Straßen und Schienen.

51 **I. Atomkraft abschaffen!**

52 53 54 **1. Atomkraftwerke: Die Gefahr stilllegen!**

55 Der unter Rot-Grün beschlossene „Atomkonsens“ von 2000/2001 stellt keinen Atomausstieg dar.
56 Stattdessen garantiert der „Konsens“ einen reibungslosen Betriebsablauf der AKWs. Steuerfreie
57 Rückstellungen in Milliardenhöhe bleiben gesichert, dadurch verfügen die Energiekonzerne über
58 „günstige Hausbanken“ für ihre wirtschaftliche Expansion. Die garantierten Reststrommengen dienen
59 allein den Profitinteressen der Atomindustrie. Die Stilllegung besonders unsicherer AKWs kann verzögert
60 werden durch Strommengenübertragungen und reduzierte Stromerzeugung.

61 Die sogenannte „Eignungshöflichkeit“, d.h. die Hoffnung auf Eignung als Endlager, des Salzstocks
62 Gorleben wurde bestätigt und die Inbetriebnahme von Schacht Konrad zugesichert. Zu ASSE II und zu
63 den Sanierungskosten enthält der „Konsens“ bewusst kein Wort, d.h. es bleibt dabei: diese Kosten trägt
64 die öffentliche Hand – also wir alle.

65 Der Schwarz-Gelbe Plan einer Laufzeitverlängerung um 10, 20 oder mehr Jahre wäre also die
66 Verschlechterung eines sowieso schon katastrophalen Zustands. Für jedes Jahr zusätzliche Laufzeit der
67 17 Reaktoren könnten sich die Energiekonzerne mindestens sieben Milliarden Euro Gewinn in die
68 Taschen stecken. Jedes weitere Atomstromjahr bedeutet auch: Die Energieversorger sichern ihre
69 Monopolstellung auf dem Strommarkt und der notwendige Einstieg in eine konsequente Energiewende
70 wird verhindert.

71
72 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

73 Alle Atomreaktoren müssen durch ein Atom-Stilllegungsgesetz unverzüglich und endgültig stillgelegt
74 werden. Die Abwicklung der AKWs soll durch ein transparentes Verfahren unter Beteiligung der
75 Öffentlichkeit festgelegt werden. Die Betreiber tragen die Kosten. Bei Verweigern der unverzüglichen
76 Stilllegung werden außerdem alle Atomanlagen per Bundesgesetz verfassungsgemäß nach Grundgesetz
77 vergesellschaftet. Die steuerfreien Rückstellungen der Energiekonzerne werden dann in einen
78 öffentlichen Fonds überführt. Als Sofortmaßnahme muss in jedem Fall ein ausreichender
79 Versicherungsschutz durch die Energiekonzerne finanziert und damit müssen indirekte Subventionen
80 sofort beendet werden.

81 82 83 **2. Atomtransporte und globale Atomwirtschaft**

84 Deutschland und insbesondere Norddeutschland ist zu einer Drehscheibe für die globale Ver- und
85 Entsorgung der Atomwirtschaft geworden. Hunderte internationale Atomtransporte gingen und gehen
86 nachweislich über Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Ob Atombrennstoffe oder
87 deren Rohmaterial, ob Atommüll oder sonstige radioaktive Stoffe, die Transportzahlen steigen. Die
88 Kapazitäten der Urananreicherungsanlage in Gronau sollen perspektivisch verdoppelt werden. Auch der
89 Druck auf die geplante Lagerung in den Anlagen Schacht Konrad und Gorleben steigt an. Das Risiko ist
90 groß, dass selbst nach einem Ende der Laufzeiten für Atomkraftwerke, Deutschland ein Logistik-Standort
91 der globalen Atomwirtschaft bleiben wird. Ein Ausstieg ist aber nur dann ein Ausstieg, wenn es neben der
92 Stilllegung aller deutschen Atomkraftwerke auch keinerlei logistische Unterstützung für den globalen
93 Atomwahnsinn mehr gibt. Niemand kann außerdem die Sicherheit von Atomtransporten aus der
94 Bundesrepublik über beispielsweise Frankreich, Belgien, USA, Kanada, Südkorea, Russland garantieren.
95 Die Verwendung der radioaktiven Stoffe ist letztendlich nicht mehr zu kontrollieren.
96 Anreicherungsfähiges und damit atomwaffenfähiges Material steht überall zur Verfügung. Damit sind die
97 globale Zunahme der Atomtransporte und der Ausbau der Atomlogistik auch ein wesentlicher Beitrag zur
98 atomaren Aufrüstung.

99
100 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

101 Deutschland muss vollständig aus der globalen Atomwirtschaft aussteigen. Es darf keinerlei
102 Unterstützung mehr geben, in welcher Form auch immer. Alle Atomversorgungs- und
103 Atommülltransporte müssen bis auf die zum Abbau der Atomanlagen unumgänglichen sofort gestoppt
104 werden. Jede Beteiligung am Uranabbau muss verboten werden. Die atomare Anreicherung muss

ebenfalls sofort verboten werden. Atomforschung soll sich auf Strahlenschutz und die Sicherung atomarer Abfälle beschränken. Ächtung aller Atomwaffen weltweit.

3. Atommüll: verscharrt, verschaukelt, vertuscht ...

Es gibt keine sichere Endlagerungstechnologie und eine endgültige „Entsorgung“ wird es auch nie geben. Die Geschichte der Atomenergie ist eine Geschichte der maßgeschneiderten Bedingungen für die Bedürfnisse der Atomindustrie. Das hat der ASSE II Skandal einmal mehr bewiesen. Ein Kartell aus politischen Parteien, versagenden Behörden und hörigen Wissenschaftlern hat diese Bedürfnisse stets neu im Interesse und auch im Auftrag der Energiekonzerne formuliert. Dies zeigt die Skrupellosigkeit der Atombefürworter im Umgang mit radioaktiven Stoffen. Das Medium Salz ist aufgrund seiner Wassergängigkeiten und seiner chemischen Eigenschaften für eine Atommülllagerung nicht geeignet. Das zeigen die Erfahrungen ASSE II und Morsleben. Der Salzstock Gorleben ist zur Lagerung von Atommüll, der hunderttausende von Jahren strahlt, nicht geeignet. Das Deckgebirge ist nicht intakt, Laugennester befinden sich im Salzstock und Oberflächenwasser wird über die Gorlebener Rinne zulaufen. Für ein Lager in tiefen geologischen Formationen ist nicht erkennbar, ob die Gesteinsschichten ungestört und homogen sind. Somit ist auch das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad nicht mehr in Betracht zu ziehen. Bei untertägiger Lagerung besteht grundsätzlich die Gefahr der radioaktiven Verseuchung des Grundwassers. Ein seriöses Verfahren für eine Lagersuche war und ist aber politisch nicht gewollt, Konzepte zum Umgang mit Atommüll können nur mit vollkommener Transparenz und unter Beteiligung der Bevölkerung eingeleitet werden. Auch in den oberirdischen Zwischenlagern tickt eine täglich wachsende atomare Fracht als Zeitbombe. Nur ein unverzüglicher Atomausstieg kann diese Gefahr verringern.

Die Energiekonferenz fordert deshalb:

Der weitere Ausbau des Salzstocks Gorleben unter dem Deckmantel der Erkundung muss sofort abgebrochen und Gorleben als Standort aufgegeben und zurückgebaut werden. Schacht Konrad darf nicht in Betrieb genommen werden. Eine unverzügliche, vollständige Rückholung des Atommülls aus ASSE II und Morsleben ist alternativlos. Anwohner und Beschäftigte dürfen dabei nicht gefährdet werden. Atommüll muss jederzeit kontrollierbar und Entscheidungen der Lagerung müssen reversibel sein. Unter dieser Prämisse muss die Frage der Atommülllagerung neu aufgerollt werden. Wir brauchen ein neues Konzept, das nicht davon ausgeht, dass man sich des Atommülls ein für allemal entledigen kann.

157 **II. Die Zukunft ist erneuerbar!**

160 **1. Erneuerbare Energie und Netze ausbauen!**

161 Der Einstieg ins erneuerbare Zeitalter fängt mit einem Abschied an. Das Konzept „Grundlastkraftwerk“
162 mit Atom und Kohle steht einem konsequenten Ausbau Erneuerbarer Energien entgegen. Die Produktion
163 von Strom aus Erneuerbaren Energien ist natürlichen Schwankungen unterworfen. Zum Ausgleich dieser
164 Schwankungen werden als „Brückentechnologie“ schnell regulierbare Kraftwerke gebraucht, also genau
165 das Gegenteil der unflexiblen Grundlastkraftwerke mit Kohle und Atom. Die Abscheidung und
166 unterirdische Verpressung von CO₂ (CCS) zementiert das Grundlast-Konzept von gestern. CCS ist teuer,
167 unsicher und daher schon lange vor seiner großtechnischen Anwendbarkeit eine überholte Technologie.
168 Die Technologie für die Energiewende existiert. Die bisherige Infrastruktur des Stromsektors bildet aber
169 ein Nadelöhr für den Ausbau Erneuerbarer Energien. Energiespeicher existieren kaum, die Stromnetze
170 sind noch auf „Grundlast“ gepolt. Die großen Übertragungsnetzbetreiber folgen nur ihren
171 Profitinteressen, der notwendige Ausbau wird verschleppt. Die bisher gesetzlich vorgeschriebene,
172 vorrangige Einspeisung von Erneuerbaren Energien steht unter Schwarz-Gelb kurz vor dem Kippen durch
173 Verweis auf fehlende technische Möglichkeiten, die die Energiekonzerne selbst verursacht haben. Kohle-
174 und Atomkraftwerke sollen so am Netz gehalten werden. Nur mit einer gesetzlichen Grundlage kann ein
175 zielgenauer und für alle Beteiligten planbarer Ausstieg aus der Kohle gewährleistet werden. Nur so ist
176 der notwendige Wandel in den bisher vom Bergbau geprägten Regionen ökologisch und sozial
177 ausgewogen zu gestalten.

178
179 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

180 Das Energiesystem muss endlich auf erneuerbar Energien umgestaltet werden. Neben der unverzüglichen
181 Stilllegung der Atomkraftwerke müssen Neubauten von Kohlekraftwerken verhindert werden. Statt eines
182 Emissionshandelsmarktes für neue Profite fordern wir ein Kohleausstiegsgesetz mit festen Restlaufzeiten
183 für die bestehenden Kohlekraftwerke. Energiespeicher müssen massiv ausgebaut und der europäische
184 Energie- Stromverbund gestärkt werden. Wir brauchen massive Investitionen in Regelungstechnologie
185 für eine Kombination aus lokaler, regionaler Energieversorgung und einen großen Verbund. Die
186 Einspeisung und Preisgestaltung muss transparent erfolgen und demokratisch kontrolliert werden. Die
187 großen Stromübertragungsnetze müssen ausgebaut und an die neue Strategie angepasst werden, damit sie
188 den neuen Ansprüchen flexibler Stromeinspeisung aus Erneuerbaren Energien genügen. Der Ausbau der
189 Verteilnetze muss durch sogenannte intelligente Stromnetze (smart grids) zur Optimierung von
190 Einspeisung und Verbrauch ergänzt werden.

193 **2. Rekommunalisierung: Energiekonzerne entmachten!**

194 Mehr als zehn Jahre nach der sogenannten Liberalisierung des Stromsektors haben die vier großen
195 Energiekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW eine unverändert marktbeherrschende Stellung im
196 Großhandelsmarkt. Sie verfügen über 80 Prozent der Kraftwerksleistung, kontrollieren nach wie vor
197 einen beachtlichen Teil der Übertragungs- und Verteilnetze, sowie durch Beteiligungen einen großen Teil
198 regionaler und kommunaler Energieversorger. Sie arbeiten rein profitorientiert und dienen nicht der
199 Daseinsvorsorge. Sie sind der demokratischen Kontrolle entzogen. Durch den mit der Anzeigenkampagne
200 im August 2010 verbreiteten energiepolitischen Appell an die Bundesregierung wurde auch der hohe
201 Grad der gesellschaftlichen Organisation dieser Macht offenbar. Hinter Öko-Rhetorik verbarg sich ein -
202 allerdings recht plumper - Erpressungsversuch der Politik durch die vier großen Energiekonzerne. Dieses
203 Vorgehen hat unsäglich Tradition, denn ein großer Teil der Gesetze im Energiebereich geht auf den
204 Einfluss der Energiekonzerne und ihre Verflechtung mit den jeweiligen Bundesregierungen zurück.

205
206 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

207 Die Bürgerinnen und Bürger müssen ihre demokratische Gestaltungsmacht wiedergewinnen, die
208 Energieversorgung wieder zum Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge werden. Die Energieversorgung
209 ist eine Frage des Allgemeinwohls und muss wieder in öffentliche Verantwortung überführt werden. Zur
210 Durchsetzung fordern wir die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. RWE, Eon, Vattenfall und

211 EnBW. Die Stromübertragungsnetze müssen zum Restbuchwert an die öffentliche Hand überführt,
212 Konzessionsverträge mit privaten Netzbetreibern für Verteilnetze beendet werden. Durch eine Reform der
213 Kommunalfinanzierung müssen Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden,
214 Stadtwerkebeteiligungen von Energiekonzernen zurückkaufen zu können. Das Gemeindefinanzierungsrecht
215 muss von bestehenden Beschränkungen befreit werden, damit die Kommunen endlich wieder am
216 Gemeinwohl und nicht am Profit orientiert wirtschaftlich gestalten können.

219 **3. Stadtwerke der Zukunft: sozial, ökologisch, demokratisch!**

220 Staatskonzernen, wie Vattenfall, die agieren wie private Energiekonzerne sind keine die Lösung. Auch
221 Stadtwerke sind kein Modell, wenn sie in die fossile und atomare Stromerzeugung eingebunden sind.
222 Eine gesetzliche Verpflichtung öffentlicher Unternehmen zu 100% Erneuerbarer Energieversorgung gibt
223 es bisher nicht. Weite Probleme sind Verfälschung, Klientelwirtschaft und Intransparenz. Die
224 parlamentarische Kontrolle ist geschwächt, findet gar nicht statt oder wird bewusst unterlaufen. Eine
225 Einwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung gibt es kaum. Deshalb sind neue Formen öffentlichen
226 Eigentums und der demokratischen Partizipation zwingend notwendig, damit Stadtwerke transparent und
227 im Sinne sozialer und ökologischer Ziele handeln. Möglich sind Abstimmungen über grundlegende
228 Entscheidungen, die z.B. parallel zu Parlamentswahlen oder in Einwohnerversammlungen stattfinden
229 könnten. In Deutschland nimmt außerdem Energiearmut zu und wird jedoch politisch ignoriert. Der
230 Energiekonzern E.ON kündigte mehreren tausend Gaskunden, die von ihrem gesetzlichen Recht auf
231 Preisminderung Gebrauch machen. Insgesamt wurden im Jahre 2007 840.000 Haushalte vom Strom
232 abgeklemmt.

234 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

235 Energieversorgung ist und bleibt ein Grundrecht! Stadtwerke in öffentlicher Hand müssen die
236 Energiewende konsequent vorantreiben. Dabei sollte die Energieversorgung mit anderen Bereichen der
237 Daseinsvorsorge, wie etwa Verkehr und Wohnungswirtschaft im Interesse der Bürgerschaft gekoppelt
238 werden. Stadtwerke müssen Sozialtarife oder eine kostenlose Grundversorgung anbieten mit linear
239 steigenden Energiepreisen über dieses Grundkontingent hinaus. Abklemmungen von Strom, Wasser, Gas
240 und Wärme müssen verboten werden. Die vollständige Umstellung kommunaler Energieversorgung auf
241 100% Erneuerbare Energien wird gesetzlich mit einem festen Zeitplan vorgeschrieben. Stadtwerke
242 ermöglichen direkt-demokratische Einflussnahme der Einwohner im Versorgungsgebiet durch
243 Leitentscheidungen zu zentralen Fragen wie z.B. die Verwendung der Erlöse. In kommunaler Hoheit
244 lassen sich am besten Projekte der Energieeffizienz und der umfassenden Nutzung Erneuerbarer Energien
245 verwirklichen. Träger dieser Entwicklung sind in erster Linie Stadtwerke in öffentlichem Eigentum, aber
246 auch Energiegenossenschaften und Energieinitiativen, die sich das Ziel setzen, ihre jeweilige Region
247 vollständig regenerativ zu gestalten.